

# **Der Libanon und der Konflikt in Syrien – ein Staat zwischen Lähmung und Bürgerkrieg**

**Von Doreen Khoury**

Heute ist der nationale Zusammenhalt im Libanon, ist das Vertrauen in den Staat zweifellos geringer denn je. Das libanesisches Volk erlebt täglich, wie sich die Sicherheitslage verschlechtert, wie das Land in konfessionell geprägte Konfliktzonen zerfällt und wie sämtliche staatliche Institutionen vollständig gelähmt sind. Die labile politische Lage im Libanon wird vor allem unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit gesehen, dies kann jedoch nur bedingt erklären, warum die Situation heute gefährlicher ist als in den vergangenen Jahren. Nicht nur erleben die Bürgerinnen und Bürger, dass es vermehrt zu gewalttätigen Zwischenfällen in verschiedenen Landesteilen kommt, sie sehen auch, dass die politische Klasse das Land in eine Sackgasse geführt hat, da sie nicht fähig oder nicht gewillt ist, auch nur den geringsten Kompromiss einzugehen. In der Vergangenheit haben die Politiker immerhin versucht, den Anschein zu wahren, der libanesischer Staat funktioniere, aber selbst das ist heute nicht mehr der Fall.

In diesem Artikel wird die Frage behandelt, wie der Konflikt in Syrien die seit bereits acht Jahren völlig verfahrenere politische Lage im Libanon weiter verschärft hat, das heißt die gegenseitige Blockade der von der Zukunftsbewegung angeführten Allianz des 14. März und der von der Hisbollah geführten Allianz des 8. März. Im Einzelnen geht es darum, dass staatliche Institutionen zusammenbrechen und konfessionelle Konflikte aufflammen sowie um die Frage, ob der Libanon sich am Rande eines neuerlichen Bürgerkriegs befindet.

## **Was in Syrien auf dem Spiel steht**

Niemand hatte geglaubt, der Libanon könne auf Dauer von der Revolution in Syrien unberührt bleiben. Angesichts der vielschichtigen und engen Verbindungen zwischen den beiden Ländern ist dies auch gar nicht möglich. Seit 1990 und bis Ende 2004 hatte das syrische Regime einen Konsens zwischen den zahlreichen politischen Lagern, religiösen Gruppen und ehemaligen Warlords im Libanon aufrecht erhalten und dabei mittels einer Politik des Teilens und Herrschens sämtliche Gruppierungen in Schach gehalten. Der Streit um die Verlängerung der Amtszeit von Präsident Émile Lahoud, eines engen Verbündeten Syriens, im Jahr 2004 ließ erste Bruchstellen in diesem von außen aufgezwungenen Konsens sichtbar werden. Sowohl Walid Dschumblat, der Führer der Drusen, als auch eine Reihe unabhängiger Abgeordneter und Rafik Hariri (der als Premierminister zurückgetreten war) stellten sich gegen eine solche Verlängerung. Durch Drohungen und Druck brachte man schließlich Abgeordnete der Zukunftsbewegung dazu, für eine Verlängerung zu stimmen, aber Dschumblats Lager sowie eine Reihe weiterer Abgeordneter verweigerten sich den Wünschen Assads und stimmten dagegen. Die Hisbollah, die Amal-Bewegung und weitere Verbündete Assads stimmten hingegen für eine Verlängerung – und so nahm die politische Spaltung, mit der wir es derzeit zu

tun haben, ihren Lauf. Als Hariri einige Monate später ermordet wurde, zementierte dies die Spaltung der Lager zwischen, einerseits, der Allianz des 14. März, unter Führung von Saad Hariri, dem Sohn von Rafik Hariri, und, andererseits, der Allianz des 8. März unter Führung der Hisbollah. Das Regime Assads, das nun keine militärische Präsenz im Libanon mehr hatte, wurde nur von einem der beiden Lager unterstützt, denn die Allianz des 14. März wurde zu seinem erbitterten Gegner und beschuldigte es, hinter der Ermordung Hariris und anderer bekannter Persönlichkeiten der Allianz des 14. März, wie Pierre Gemayel und Gebran Tueni, zu stecken.

Die syrische Revolution und der anschließende Bürgerkrieg haben den Gegensatz zwischen den beiden politischen Lagern nur weiter verschärft. Der Volksaufstand gegen Baschar al-Assad führte unausweichlich dazu, dass sich die Zukunftsbewegung auf die Seite der syrischen Opposition, die Hisbollah auf die Seite Assads schlug. Zwar unterzeichneten die beiden Lager, vermittelt durch den Präsidenten, im Juni 2012 die Erklärung von Baabda, in der sie zusicherten, sich nicht in den Konflikt in Syrien einzumischen, mit der Realität hatte dies jedoch wenig zu tun.

Für beide politischen Lager steht viel auf dem Spiel, und das Schicksal der Hisbollah ist untrennbar mit dem Schicksal des Assad-Regimes verknüpft.

#### *Die Zukunftsbewegung*

Für die Zukunftsbewegung unter Saad Hariri stellt der Aufstand in Syrien die Chance dar, ein für alle Mal den Einfluss Assads abzuschütteln, den Einfluss der Hisbollah vor Ort und in der Region zurückzudrängen, und das politische Gleichgewicht zugunsten der Zukunftsbewegung zu verschieben. Hariri hoffte möglicherweise, dass sich eine neue Regierung in Syrien bilden würde, eine Regierung mit sunnitischer Mehrheit, die in der Region wie international dieselben Loyalitäten hätte wie die Zukunftsbewegung. Viele Sunniten gingen deshalb über die Grenze nach Syrien, um sich am Kampf der Opposition zu beteiligen. Ende 2012 wurde zudem bekannt, dass Okab Sakr, ein Abgeordneter der Zukunftsbewegung, mit Mitteln aus den Golfstaaten (vermutlich aus Saudi Arabien), Waffenlieferungen an die Opposition in Syrien organisierte.

Saad Hariri wollte der Serie von Demütigungen, die sein Lager durch die Hisbollah erlitten hatte ein Ende setzen – darunter das Scheitern seiner Regierungskoalition im Januar 2011, als Walid Dschumblat ins Assad-freundliche Lager überlief, und die Niederlage bei Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Hisbollah in Beirut im Mai 2008, zu denen es kam, nachdem die von der Allianz des 14. März angeführte Regierung versucht hatte, das private Kommunikationsnetzwerk der Hisbollah zu zerschlagen. Die Erinnerung an diese Ereignisse grub sich tief in die Psyche von Hariris Partei und der Sunniten allgemein ein, sah man darin doch eine militärische Niederlage, die einem die Hisbollah in den eigenen, sunnitischen Bezirken Beiruts zugefügt hatte. Auch die anschließenden Verhandlungen in Doha waren für die Hisbollah ein Erfolg, denn die Gruppe konnte nicht nur ihre umfangreichen Waffenbestände behalten, ihr wurde auch bei der Regierungsbildung eine Sperrminorität von einem Drittel zugestanden –

genug, um sämtliche Entscheidungen, welche die Regierungskoalition der Allianz des 14. März traf, blockieren zu können.

### *Hisbollah*

Für die Hisbollah ist ein Sieg des Assad-Regimes gegen die Opposition von entscheidender Bedeutung, denn nur so kann die Gruppe sicherstellen, dass sie weiterhin Waffen über syrisches Gebiet erhält und ihre Machtposition im Libanon erhalten bleibt. Die Hisbollah benötigt ein solches Gleichgewicht in der Region, um sich gegen Bedrohungen abzusichern – die nicht allein von Israel ausgehen, sondern auch von arabischen Ländern, die Hisbollahs Politik ablehnen. Als Generalsekretär Hassan Nasrallah eingestand, dass Hisbollah-Kämpfer gemeinsam mit Truppen Assads um die strategisch wichtige Stadt Qusair kämpften (ein wichtiger Durchgangsort für Waffenlieferungen an die Hisbollah), musste er wissen, dass dies im Libanon zu heftigen Reaktionen gegen seine Organisation führen würde, und zwar nicht allein von Seiten der Sunniten und Christen, sondern auch von seinem Verbündeten Michel Aoun, dem Anführer der Freien Patriotischen Bewegung. Um aber ihre strategische Stellung abzusichern, riskiert die Hisbollah sogar, das in der Region gewonnene Ansehen als Schutzmacht gegen Israel zu verlieren, und stattdessen auf Seiten eines brutalen Diktators in den Kampf zu ziehen.

Die Art, in der Nasrallah Hisbollahs Einmischung in den Konflikt in Syrien rechtfertigte, hatte einen konfessionellen Unterton. So stellte er die Schlacht um Qusair als bewussten Präventivschlag gegen sogenannte „Takfiris“ dar, das heißt gegen islamische Extremisten (wobei er die Sprache des Assad-Regimes übernahm, das die syrische Opposition als islamistische Terroristen bezeichnet). Die Hisbollah werde, so Nasrallah, nicht abwarten, bis diese Kräfte in den Libanon einmarschierten und dort die Hisbollah angriffen und werde stattdessen selbst präventiv in Syrien zuschlagen, um so den Libanon zu verteidigen. In einer Fernsehansprache am 14. Juni 2013 umriss Nasrallah die Frontlinien zwischen Hisbollah und der Zukunftsbewegung als er sagte, die Zukunftsbewegung habe sich viel früher als die Hisbollah in den Krieg in Syrien eingemischt (obgleich das Engagement der Hisbollah das der anderen Kräfte bei weitem übersteigt). Implizit setzte er so die Zukunftsbewegung mit Extremisten in Syrien gleich und ließ durchblicken, die Hisbollah bekämpfe in Syrien ihre politischen Gegner im Libanon. Wörtlich sagte er: „Vor Qusair ist nach Qusair“ und beschwor, die Hisbollah werde weiterhin an der Seite Assads kämpfen. Dass der Libanon derzeit ohne Regierung ist (die Regierung von Nadschib Mikati, der die Hisbollah angehörte, trat im März 2013 zurück) befördert ein solches Vorgehen der Hisbollah, da die Gruppe so freier agieren kann. Folglich konnte die Hisbollah offen zugeben, am Kampf um Qusair teilgenommen zu haben, ohne deswegen politische Konsequenzen fürchten zu müssen.

### **Der Konflikt in Syrien springt auf den Libanon über**

Nasrallahs provokantes Eingeständnis hatte im Libanon fast unmittelbare Folgen, denn die wegen des Syrienkonflikts ohnehin erhöhten Spannungen entluden sich nun in mehreren Regionen, teils gleichzeitig, in bewaffneten Auseinandersetzungen. Nasrallah wusste genau, auf seine Worte würde

Gewalt folgen. Die Zukunftsbewegung deckt militante islamistische Sunniten zumindest in einem gewissen Maße und, so wird vermutet, versorgt sie auch mit Waffen. An drei potentiellen Brennpunkten der Gewalt findet heute bereits ein Bürgerkrieg im Kleinen statt, häufig ausgetragen von Stellvertretern, nämlich in Tripoli, der Bekaa-Ebene (beides Gebiete in Grenznähe, in denen der Syrienkonflikt besonders spürbar ist) sowie in Sidon, wo, wie in den anderen genannten Regionen, ein empfindliches Gleichgewicht zwischen den Konfessionen besteht. Heikler wird die Sicherheitslage noch dadurch, dass die Libanesische Armee zumindest teilweise das hohe, landesweite Ansehen eingebüßt hat, das sie als pluralistische, integrative Institution genoss – und aufgrund dessen ihr lange viele Menschen im Libanon ausgesprochen loyal und patriotisch zur Seite standen. In den vergangenen Jahren hat sich die Armee schwer damit getan, in Fällen, in denen sie eingreifen musste, ausreichend neutral vorzugehen. Wie wir weiter unten sehen werden, gilt für manche Sunniten die Armee inzwischen als Verbündeter der Hisbollah, das heißt, als eine Kraft, die nicht als neutraler Vermittler auftritt, sondern Partei ist.<sup>1</sup>

### *Tripoli*

In der im Norden des Landes gelegenen Stadt Tripoli brachen fast umgehend wieder Kämpfe aus zwischen denen im Stadtviertel Bab El-Tabbaneh beheimateten sunnitischen Milizen und den alawitischen Kräften im Stadtteil Jabal Mohsen. Diese Gefechte versetzen die Bevölkerung in Angst und Schrecken und lähmen das Leben der Stadt. Diese häufig wieder ausbrechenden Auseinandersetzungen zwischen den beiden Stadtvierteln spiegeln die Entwicklung in Syrien wider. Die Libanesische Armee hat versucht, zwischen den beiden Konfliktparteien eine Pufferzone einzurichten (und wird von beiden Seiten beschuldigt, parteiisch vorzugehen). Da jedoch die Armee derzeit an mehreren Fronten im Einsatz ist und ihr zudem durch politische Polarisierung und Unentschlossenheit oft die Hände gebunden sind, konnte sie weder die zahlreichen Zusammenstöße verhindern (vor allem nicht das massenhafte Auftreten maskierter Kämpfer und Scharfschützen auf den Straßen Tripolis), noch entschieden in die jeweiligen Viertel einrücken, um dort Waffen zu beschlagnahmen.

### *Das nordöstliche Bekaa-Tal*

Zur gleichen Zeit hat sich die syrische Front auf den Nordosten des Bekaa-Tals ausgeweitet, das sich entlang der libanesisch-syrischen Grenze erstreckt. Die Freie Syrische Armee (FSA) hat Stellungen der Hisbollah im Bezirk Hermel mit Artillerie beschossen, wobei auch Häuser von Zivilisten beschädigt wurden, während die syrische Armee die sunnitische Grenzstadt Aرسال, die sich im weitgehend Hisbollah-freundlichen Bezirk Hermel befindet, unter Beschuss nahm – hier unter dem Vorwand, Kämpfer der FSA versteckten sich auf den Feldern rund um die Stadt. Zudem stößt die syrische

---

<sup>1</sup> Die beiden anderen bedeutenden staatlichen Sicherheitsapparate haben einen offen politischen Charakter: Es sind die Internal Security Forces (ISF), die nach 2005 gestärkt und erweitert wurden, und die bis vor kurzem von Aschraf Rifi, einem engen Verbündeten Hariris und Saudi Arabiens geleitet wurden, sowie das General Security Directorate, welches von Abbas Ibrahim geleitet wird, der der Hisbollah und dem Assad-Regime nahesteht.

Armee immer wieder auf libanesisches Gebiet vor, vorgeblich um Kämpfer der FSA zu verfolgen. Seit der Aufstand gegen Assad begann, haben Einwohner von Arsal Flüchtlinge aus Syrien und Regimegegner bei sich aufgenommen, später auch Kämpfer der syrischen Opposition. Dies hat zu Auseinandersetzungen mit den nahegelegenen schiitischen Orten in der Provinz geführt, und immer wieder kommt es hier zu wechselseitigen Entführungen von Einwohnern. Auch die libanesische Armee wurde in diesem Gebiet angegriffen, angeblich von Einwohnern Arsals.<sup>2</sup>

#### *Aufstieg und Fall des Ahmed al-Assir*

Ende Juni 2013 kam es zu einem zweitägigen Gefecht zwischen Kämpfern auf Seiten des radikalen Salafistenpredigers Ahmed al-Assir und der libanesischen Armee. Angeblich waren auch Kämpfer der Hisbollah beteiligt. Ahmed al-Assir hat sich von einem unbedeutenden Prediger zu einer gewichtigen sunnitischen Stimme entwickelt, die zu einem Heiligen Krieg gegen Assad aufruft und heftig gegen die Hisbollah polemisiert. Mitte Juni 2013 hatte Assir gefordert, die der Hisbollah nahestehende Miliz *Saraya al-Mukawama* solle aus Wohnungen abziehen, die sich rund um sein gesichertes Gelände bei der Bilal Bin Rabah Moschee im Vorort Abra befinden. Er behauptete, diese Wohnungen dienten dazu, ihn auszuspionieren. Am 23. Juni 2013 lockten Kämpfer Assirs Soldaten der libanesischen Armee nahe eines Kontrollpunktes in einen Hinterhalt. Die folgende Schlacht dauerte zwei Tage, 18 Soldaten kamen ums Leben, 35 wurden verwundet. Zu fast landesweiter Empörung kam es, als Assir sunnitische Soldaten dazu aufrief, zu desertieren und sich ihm anzuschließen. Assirs Kämpfer wurden zwar besiegt, der Prediger selbst entkam jedoch aus dem Gelände, wie man hört durch unterirdische Gänge.<sup>3</sup>

Gleich nach diesen Vorfällen wurde berichtet, die Hisbollah habe gemeinsam mit der Armee gegen die Anhänger Assirs gekämpft, und einige Kommentatoren warfen der Hisbollah vor, die libanesische Armee als Schutzschild zu benutzen, um Assir aus dem Weg zu räumen. Am 24. Juni 2013 zeigte *Manar TV* (ein Hisbollah-Sender) Aufnahmen von Soldaten in Uniform, die Kämpfer Assirs festnahmen und dabei „Ya Zeinab“ riefen, eine schiitische religiöse Parole. *Future Television* (ein Hariri-Kanal) zeigte Aufnahmen von Kämpfern mit gelben Armbinden, die sie mutmaßlich als Angehörige der Hisbollah identifizierten. Journalisten (von McClatchy und Yahoo) berichteten, sie hätten mit Hisbollah-Kämpfern vor Ort sowie mit Augenzeugen gesprochen, und diese hätten bestätigt, dass die Hisbollah unmittelbar an den Kämpfen beteiligt gewesen sei. Zwar sind solche Berichte keine wasserfesten Beweise, aber sie scheinen auch nicht an den Haaren herbeigezogen. Zum einen ist Sidon – als Tor zu Libanons Süden und Richtung Israel – ein strategisch wichtiger Ort. Zum anderen sagt die Hisbollah selbst, man kämpfe gegen Takfiris, das heißt gegen sunnitische

---

2 Im Februar 2013 kam es in der Region zu einem Hinterhalt gegen die Armee, als diese versuchte, einen Islamisten habhaft zu werden, dem vorgeworfen wird, Mitglied der Terrorgruppe Fatah al-Islam zu sein.

3 Sein gegenwärtiger Verbleib ist nicht bekannt.

Extremisten in Syrien, um so den Libanon zu schützen, und es wäre denkbar, dass die Hisbollah diesen Kampf nun auf das eigene Land ausgedehnt hat. Was die konfessionellen Positionen anbetrifft, so sehen viele Sunniten in der Beteiligung Hisbollahs am Kampf gegen Assir – ganz gleich wie verhasst ihnen Assir auch ist – ein weiteres Beispiel dafür, wie scheinheilig sich der Staat verhält, geht es um die Waffen der Hisbollah. Die Armee beschlagnahmte zwar Assirs Arsenal, die Frage, ob nicht auch die Waffen der Hisbollah eingezogen werden sollten, stellte sich jedoch nie.

Fast unmittelbar nach der von Assir ausgelösten Krise kam es zu gewalttätigen Vergeltungsaktionen gegen die Hisbollah und in von der Hisbollah kontrollierten Gebieten. Am 9. Juli explodierte eine Autobombe in Beiruts Bir Abed-Viertel, einer Hochburg der Hisbollah und Sitz ihrer Sicherheitskräfte. Zwar gab es keine Opfer, aber der Sachschaden war beträchtlich. Die Verantwortung für den Anschlag übernahm in einer Mitteilung auf Facebook eine bislang unbekannte syrische Rebellengruppe, die Brigade 313, und sie bezeichnete die Aktion als Vergeltung dafür, dass die Hisbollah in Homs Seite an Seite mit dem Assad-Regime kämpfe. Ob es diese Rebellengruppe nun gibt oder nicht, die Hisbollah hat dieser Anschlag innerhalb der eigenen, bislang für undurchdringlich gehaltenen Sicherheitszone verunsichert. Tage später kam es zu einem Bombenanschlag auf einen Konvoi der Hisbollah auf einer Fernstraße im Bekaa-Tal – inmitten des Kernlands der Hisbollah. Nasrallah hatte versprochen, das Engagement der Hisbollah in Syrien werde den Libanon aus diesem Konflikt heraushalten. Wie es aussieht, ist das genaue Gegenteil der Fall.

### **Bricht der libanesische Staat auseinander?**

Zur gleichen Zeit begannen die Institutionen des libanesischen Staates, eine nach der anderen, zu versagen und ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Gegenwärtig sind die meisten, wenn nicht alle staatlichen Institutionen des Libanons gelähmt. Das Land hat seit dem Rücktritt Mikatis im März 2013 keine Regierung – mutmaßlich trat er zurück, da man sich nicht über die Verlängerung der Amtszeit von Polizeichef Aschraf Rifi (der der Zukunftsbewegung nahesteht) einigen konnte. Rifi ging im April 2013 in den Ruhestand, und dem designierten Premierminister Tamam Salam gelingt es seither nicht, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Die politischen Lager im Libanon konnten sich zudem nicht auf eine Reform des Wahlrechts einigen und, da der Stichtag für Neuwahlen im Juni 2013 näherrückte, beschlossen die Parlamentarier beider Seiten, die Amtszeit des gegenwärtigen Parlaments bis November 2014 zu verlängern. Ein Einspruch gegen diese Verlängerung, den Präsident Michel Sleiman beim Verfassungsgericht eingelegt hatte, scheiterte, da die entsprechende Kammer des Gerichts unter politischem Druck nachgab und das Quorum, das für einen Richterspruch notwendig ist, bei seinen Sitzungen nie erreichte. Der Versuch, eine Sitzung des Parlaments abzuhalten, auf der über mehr als 50 ausstehende Gesetzgebungsverfahren gesprochen werden sollte, scheiterte unlängst, da einige Parteien eine solche Sitzung sowie die von Parlamentspräsident Nabih Berri vorgeschlagene Tagesordnung für verfassungswidrig halten. Der Militärerrat, zuständig für Entscheidungen

innerhalb der Armee, ist nahezu handlungsunfähig, da mehrere Mitglieder in den Ruhestand gegangen sind oder dies demnächst tun werden. Der Oberkommandierende der Streitkräfte, General Jean Kahwagi wird voraussichtlich im September 2013 aus dem Dienst ausscheiden – und auch hier gibt es typischerweise keine Einigkeit über eine Verlängerung seiner Amtszeit oder über einen Nachfolger.

Die Menschen im Libanon sind es gewöhnt, dass sich die Bildung einer Regierung und das Gerangel über die Besetzung hochrangiger Positionen lange hinziehen. Besorgnis erregte jedoch die Verlängerung der Wahlperiode des Parlaments (die viele an die Bürgerkriegszeit von 1975-1990 erinnerte, in der die Amtszeit des Parlaments regelmäßig ohne Wahlen verlängert wurde) und die Unfähigkeit des Verfassungsgerichtes, über den Einspruch des Präsidenten in dieser Sache zu entscheiden.

#### *Keine Zeit für Wahlen im Parteienkampf?*

Die politischen Gegensätze im Libanon haben sich derart zugespitzt, dass erst gar nicht versucht wurde, rechtzeitig vor den für 2013 geplanten Wahlen parteiübergreifend an einem neuen Wahlgesetz zu arbeiten. Der einzige ernstzunehmende Gesetzesvorschlag, das sogenannte „Orthodox Gathering Law“, das vom ehemaligen Abgeordneten Elie Ferzli (Allianz des 8. März und verbündet mit der Hisbollah) eingereicht und von einer fraktionsübergreifenden Allianz christlicher Parteien unterstützt wurde, vertiefte die Spaltung nur weiter, sah es doch vor, dass die Wählerinnen und Wähler ihre Stimme nur für Kandidaten ihrer jeweiligen Glaubensrichtung abgeben können. Unterstützt wurde dieser Vorschlag auch von der Partei des Parlamentspräsidenten Nabih Berri, der Amal Bewegung. Rückblickend muss man feststellen, dass dieser Gesetzesvorschlag den alleinigen Zweck hatte, innerhalb der Allianz des 14. März Unruhe zu stiften, da die Zukunftsbewegung (und Walid Dschumblat) dies entschieden ablehnten, sahen sie darin doch (zu Recht) den Versuch, sie bei den Wahlen zu schwächen. Alleiniges Ziel dieses Vorschlags war es, Misstrauen und Unmut zu schüren. Am 31. Mai 2013 schließlich, als der Wahltermin im Juni sehr nahe gerückt war, beschloss das Parlament, seine Amtszeit bis November 2014 zu verlängern.

Indem sie den Wahltermin verschob, zeigte die politische Klasse, dass für sie Konflikte in der Region wichtiger sind als die Bedürfnisse und Wünsche im Libanon, und dass konfessionelle Krisen stets an erster Stelle stehen. Sie zeigte zudem, dass es dem Libanon an Souveränität mangelt, und dass das Schicksal des Landes eng mit den Entwicklungen in Syrien verbunden ist. Solange sich die politische Lage in Syrien nicht geklärt hat, ist die politische Elite nicht fähig, über innere Angelegenheiten zu entscheiden. Die sogenannten „Sicherheitserwägungen“, die man anführte, um die Verlängerung der Wahlperiode zu rechtfertigen, wurden wie äußere Angelegenheiten behandelt, auf die die Politiker im Lande keinerlei Einfluss haben – und das, obgleich die Hisbollah auf Seiten des syrischen Regimes kämpft, die Zukunftsbewegung die Rebellen unterstützt und die Niederschlagung des Aufstands in Tripoli eine Sache des politischen Willens ist.

Die Verschiebung der Wahlen entschärft die gegenwärtige Krise keineswegs, im Gegenteil. Die Parlamentsabgeordneten haben lediglich beschlossen, ihre Amtszeit zu verlängern, jedoch nicht, den verbalen und militärischen Kampf gegeneinander einzustellen. Hinzu kommt, dass eben die politische Klasse, der es nicht gelang, Neuwahlen auszurichten, im März 2014 einen neuen Präsidenten wählen und sich vor November 2014 auf ein neues Wahlgesetz einigen muss.

#### *Das Verfassungsgericht hat seine Glaubwürdigkeit eingebüßt*

Präsident Michel Sleiman hatte, um die Verfassung und die Legitimität der staatlichen Institutionen zu wahren, gegen das Gesetz zur Verlängerung der Wahlperiode beim Verfassungsgericht Einspruch eingelegt. Unterstützt wurde seine Klage von der Freien Patriotischen Bewegung. Trotz der Erwartungen vieler zivilgesellschaftlich engagierter Menschen sowie vieler Bürgerinnen und Bürger wurde das Verfassungsgericht mit schon fast niederschmetternder Vorhersehbarkeit Opfer des politischen Drucks von außen, und es gelang dem Gericht nicht, das Quorum (acht der zehn Mitglieder) zu erreichen, das für eine Entscheidung erforderlich ist. Die beiden schiitischen Mitglieder des Gerichts sowie das eine drusische Mitglied wurden von Nabih Berri bzw. Walid Dschumblat unter Druck gesetzt und nahmen an den Sitzungen, die das Gericht vor dem Stichtag für eine Entscheidung anberaumt hatte (dem 20. Juni 2013), nicht teil – und somit wurde mit Datum vom 20. Juni die Verlängerung der Wahlperiode amtlich. Das Verfassungsgericht legte hierbei nicht die erforderliche Unabhängigkeit der Justiz an den Tag und wurde so, statt zu einer Lösung, zu einem Teil des Problems. Die Funktion des Gerichts, ja selbst sein Fortbestehen sind heute alles andere als sicher, da die Angehörigen der Kammer nicht bereit sind, ihre Rolle als Richter über die ihrer konfessionellen Loyalität zu stellen.

#### **Das Gespenst eines Bürgerkriegs?**

Wäre es zu den geschilderten Ereignissen, den bewaffneten Zusammenstößen, dem Zusammenbruch staatlicher Institutionen, jeweils nur für sich gekommen, das heißt, wäre die innere Sicherheit bedroht gewesen und es hätte aber eine arbeitsfähige Regierung gegeben – oder auch umgekehrt, wäre das Parlament gelähmt, die Sicherheitslage jedoch stabil gewesen, dann wäre die Gefahr eines offenen Kriegs nicht allzu hoch. So jedoch, da Symptome eines allgemeinen Zusammenbruchs auf sämtlichen Ebenen zu beobachten sind, sei es der Sicherheitsapparat, seien es die politischen Institutionen, und da diese Ereignisse zeitgleich und in schneller Folge stattfinden, sieht es so aus, als befände sich der Libanon an der Schwelle zum Zerfall, zu einem sich ständig wandelnden, langen Konflikt, einem Zustand irgendwo zwischen Krieg und Frieden. Der Libanon befand sich wiederholt am Rande eines Bürgerkriegs, der jedoch abgewendet werden konnte, zuletzt im Mai 2008, als durch Vermittlung aus dem Ausland ein Übergangsabkommen zwischen den beiden Lagern ausgehandelt wurde. Heute hingegen stellt sich die Lage in der Region anders dar. Die ausländischen Mächte, welche die Allianz des 14. bzw. des 8. März unterstützen – insbesondere sind dies Saudi Arabien und der Iran –, sind



nicht gewillt, einen versöhnlichen Kurs einzuschlagen, denn beide sind erheblich in den Konflikt in Syrien verstrickt und heizen somit die Gegensätze zwischen ihren Verbündeten im Libanon weiter an.

Eine Eskalation wird sich nur abwenden lassen und dauerhafter Frieden wird nur dann möglich sein, wenn der politische Wille vorhanden ist und wenn insbesondere die Hisbollah und die Zukunftsbewegung erkennen, dass Dialog besser ist als Gewalt. Beide Seiten – und das gilt speziell für die Hisbollah – müssen die Erklärung von Baabda einhalten und sich aus dem Konflikt in Syrien heraushalten. Nur dann kann die Souveränität und die territoriale Unversehrtheit des Landes gewahrt werden. Der Libanon kann nicht in einem Schwebezustand verharren, in dem sämtliche Parteien abwarten, wie der Konflikt im Nachbarland ausgehen wird – ein Konflikt, der sich über Jahre hinziehen kann. Eine international ausgehandelte diplomatische Lösung des Syrienkonflikts ist ebenfalls in weite Ferne gerückt. Sämtliche Parteien sollten sich deshalb darum bemühen, den nationalen Dialog wiederzubeleben. Teil dieses Dialogs sollten ernsthafte Gespräche über Ziele und Identität des Libanons sowie über die Waffen der Hisbollah sein.

*Doreen Khoury war von 2009 bis August 2012 Programmmanagerin im Büro Beirut der Heinrich-Böll-Stiftung. Zuvor arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Spezialistin für Wahlen beim Libanese Centre for Policy Studies (LCPS) und war geschäftsführende Direktorin der Libanese Association for Democratic Elections. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Wahlen, Governance, Korruptionsbekämpfung und die Nutzung sozialer Medien. Bis April 2013 war sie Stipendiatin der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.*